



Dr. med. dent. Wolfgang Heubisch

Präsident des Verbandes
Freier Berufe in Bayern

Freie Berufe – Stiefkinder der Politik?

Rund 45.000 Ausbildungsverträge wurden 2007 in den Kanzleien, Praxen und Büros der Freien Berufe abgeschlossen. Das waren 5,8 Prozent mehr Verträge als noch im Vorjahr. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – gerade auch im Gesundheitswesen – stellen sich 950.000 selbstständige Freiberufler ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, bieten Arbeitsplätze für über 2,9 Millionen Mitarbeiter und erwirtschaften 9,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Stolze Zahlen, über die viel zu selten gesprochen wird.

Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Themen werden von Konzernen gesetzt – häufig genug sind es Negativschlagzeilen, die dort fabriziert werden. Dabei werden gerade die Großunternehmen von der Politik gehätschelt. Die Unternehmenssteuerreform bevorteilt Kapitalunternehmen; Personengesellschaften werden weit weniger entlastet. Während die Körperschaftssteuersätze auf der einen Seite dramatisch gekürzt werden, zahlen wirtschaftlich erfolgreiche Freiberufler unangemessen hohe Steuern auf ihr Einkommen. Allen Deregulierungsversprechen zum Trotz wächst der unsägliche bürokratische Aufwand.

Gerade im Gesundheitsbereich gerät der Freie Beruf zunehmend unter die Räder. Es erstaunt nicht, wenn mehr als 60 Prozent der Medizinstudenten in einer Befragung 2006 angaben, ins Ausland abwandern zu wollen! Ärzte und Zahnärzte hängen am Tropf der gesetzlichen Krankenversicherung, für die das Primat der „Beitragssatz-Stabilität“ gilt. Wir werden in einer Art und Weise gegängelt, dass man sich über die massiven Proteste zum Beispiel der bayerischen Hausärzte nicht zu wundern braucht. Ohne eine angemessene Vergütung für erbrachte Leistungen zu gewährleisten, scheut der Gesetz- und Ordnungsgeber nicht davor zurück, mit Vorgaben zur Fortbildungspflicht und Qualitätssicherung in die freie Berufsausübung hineinzupfuschen, ausformuliert durch Richtlinien eines Gemeinsamen Bundesausschusses, der nur noch bedingt als Teil der Selbstverwaltung bezeichnet werden darf. „Der staatliche Einfluss, ja der staatliche Dirigismus, nimmt zu“, analysiert Prof. Fritz Beske vom Institut für Gesundheits-System-Forschung die Situation und prophezeit: „Am Ende steht ein staatliches Gesundheitswesen.“ Alles andere sind Lippenbekenntnisse, so auch jene Entschliebung des Deutschen Bundestages, in der den Freien Berufen bescheinigt wird, „unentbehrliche Dienstleistungen für den einzelnen Bürger und die Volkswirtschaft zu erbringen“.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns stärker in die Politik einmischen. Das gilt für jeden Einzelnen von uns. Hier sind nicht nur die Berufsverbände gefordert. Für das politische Engagement in den Parteien dürfen wir uns nicht zu fein sein. Der Weg der Veränderung führt in der Demokratie über die Parlamente. Helfen wir mit, dass freiberufliche Mandatsträger in den Gemeinden, auf Landesebene und im Bund auf die Unterstützung ihrer Berufskollegen bauen dürfen!